

Salzburger Stimme

Ausgabe 03/2015

Stadtzeitung der KPÖ Salzburg

Sponsoring-Post Nr. 03/2015 Verlagspostamt: 5020 Salzburg, Zulassungsnummer: 02Z033905S, Postgebühr bar bezahlt3

**Solidarität mit Griechenland:
Kundgebung in Salzburg
am Freitag, 3. Juli
18Uhr Residenzplatz**



Ein breites Bündnis rief am 3. Juli kurzfristig zur Kundgebung am Residenzplatz auf, um vor dem Referendum Griechenland ihre Solidarität auszudrücken.

Trotz sengender Hitze kamen dabei über hundert Menschen. Auch wenn die griechische Regierung mittlerweile vor den Forderungen der Gläubiger nach weiteren Sozialkürzungen und Privatisierungen kapituliert hat: der solidarische Kampf gegen das Monopol- und Finanzkapital geht weiter: heute Griechenland, morgen wir. Unser Bündnis arbeitet auch in Salzburg weiter !



Bilder: KPÖ Salzburg

Gitzentunnel-Privatisierung des Strassenbaus

Über Sinn und Unsinn des geplanten Gitzentunnels in Bergheim lässt sich streiten. Vor allem hat mangelnde überregionale Raumplanung und ein nicht existierendes Konzept für den öffentlichen Verkehr Bergeheim mit Individual- und Pkw-Verkehr überflutet.

Der Gitzentunnel, den die Landesregierung (unter „grünem“ Schweigen) nunmehr plant, wird die Verkehrsprobleme nicht lösen, kostet aber bereits derzeit 110 Millionen.

Geld, dass die Landesregierung nicht hat, aber für das der/die SteuerzahlerIn für die nächsten

Generationen aufkommen sollen: geplant ist den Tunnel privat vorfinanzieren zu lassen, um dann über Miete bis 2047 insgesamt den Geldgebern das Doppelte, nämlich ca. 220 Millionen zurück zu zahlen. Das Risiko der Mehrkosten trägt die öffentliche Hand, die Zinsgewinne bleibt bei den Privaten.

FPÖ-„Neu“: Hieb- und stichfest!

Nachdem nunmehr Karl Schnell und seine Gefährten auf bekannt demokratische Weise mittels Strache-Spontanausschlusses von der Salzburger FPÖ-Spitze entfernt wurden, lohnt sich ein Blick auf die neu eingesetzten Hoffnungsträger der FPÖ, nach eigener Definition „nationalliberal“:

Fast ohne Ausnahme handelt es sich dabei um männliche Juristen aus dem Dunstkreis der schlagenden (d.h. die Herrschaften fechten

der Ehre wegen mit ihren Säbeln aufeinander ein) Burschenschaften mit so klingenden Namen wie „Germania“, „Corps Frankonia zu Brünn“ (Brünn liegt bekanntlich sehr zum Bedauern einiger Herren mittlerweile in der Tschechei) sowie „akademische Landsmannschaft zu Salzburg“

Das Selbstbild dieser Burschenschafter ist von einer dezidiert völkischen Deutschlandtümelei und einem grundsätzlich nationalistischen

Gedankengut geprägt.

Aber es gibt auch löbliche Ausnahmen: der Stadt-Klubobmann und Bezirkschef der FPÖ, Andreas Reindl ist mangels „akademischer Laufbahn“ kein Burschenschafter, verirrte sich aber nach eigenen Angaben im Jänner in der Imbergstrasse derartig, dass er versehentlich hinter einem Transparent bei einer Kundgebung der als rechtsextrem eingestufte „Identitären“ zu stehen kam.

Arbeiterkammer-Vollversammlung von 12.Juni 2015

Die 4.Arbeiterkammer- Vollversammlung war für den Gewerkschaftlichen Linksbock (GLB) erfolgreich. Der Antrag des GLB bezüglich einer „Nachverbesserung des Steuerreformpaketes“ ist zwar den Wirtschafts- und Umweltausschuss zugewiesen worden, aber dort mit kleinen Veränderungen angenommen worden. Der Antrag bestand aus fünf Forderungen: 1. Die Einführung einer Vermögenssteuer für Millionenvermögen; 2. Einer jährlichen, indexange-

passten Valorisierung der Steuerstufen; 3. Der Absage der Gegenfinanzierung der Steuerreform durch Einsparungen im öffentlichen Bereich; 4. Steuergutschrift für Pensionen, die unter dem Richtsatz für Ausgleichzulagen liegen, und 5.einer Beschlussfassung der Forderungen in der Bundesarbeiterkammer.

Nun ist zu hoffen die Bundesarbeiterkammer beschließt die GLB-Forderungen. Aber das ist nicht genug, denn Papier ist gedul-

dig. Es müssen auch Aktionen, Taten zu deren Umsetzungen passieren.

Die GLB-Resolution gegen die „EU-Abschottungspolitik“ wurde mit einem gleichen Antrag der Grünen/Auge im Fachausschuss ebenfalls angenommen.

Der dritte Antrag des GLBs „Sicherstellung der Betriebsratsarbeit in gemeinnützigen Vereinen und GMBH“ wurde mit zwei Anträgen zum selben Thema den Sozialausschuss zugewiesen. Beschäftigten.

Klessheim ein öffentliches Stadion ?

Der Stadion Klessheim wurde zu 100% mit öffentlichen Mitteln errichtet und von Red Bull angemietet. Derzeit behandelt die fussballerische Abteilung des Dosenkonzerns das Stadion als alleinigen Privatbesitz und verhindert so jegliche Nutzung durch den zweiten Stadtverein, Austria Salzburg. Immer wieder

wurde von Seiten der öffentlichen Hand betont, dass vertragsmäßig die Stadionnutzung durch einen zweiten Verein vereinbart wäre. Dieser ist nach Ansicht von RB deren zweite Mannschaft, Lieferung, welche aber vor wenigen hundert Besuchern wiederum in Grödig spielt. Die KPÖ fordert die Rückgän-

gigmachung dieser de-facto Privatisierung des Stadions, die Offenlegung der Stadionverträge mit RB sowie die Schaffung einer realen Möglichkeit der Nutzung dieses öffentlichen Bereichs für andere Fussballvereine außerhalb des RB-Konzerns.

Die Asyldebatte - Flucht vor der Realität

Die vielen bewaffneten Konflikte mit ihren Zerstörungen, staatlichen Zerfallserscheinungen, der Gewalt an Minderheiten erschüttern die Welt und lösen dementsprechend hohe Flüchtlingsbewegungen aus.

Der Westen hat Probleme und Abhängigkeiten geradezu selbst geschaffen, indem er Herkunftsländer der Flüchtlinge für seinen Profit ausbeutet, etwa über den Freihandel - und wenn nötig militärisch eingreift, um seine Interessen abzusichern. Regelmäßig destabilisieren westliche Kräfte aus strategischen und wirtschaftlichen Gründen Staaten wie Syrien. Entzieht man ihnen ihre Sicherheit und die Lebensgrundlage ist es unangebracht, Menschen in Not in legitime Flüchtlinge und sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge einzuteilen.

Gezwungen zur illegalen Einreise, bleibt den aus ihrer Heimat Vertriebenen eine lebensgefährliche und kostspielige Flucht am Land weg und über das Mittelmeer. Sichere Staaten haben die internationale Verpflichtung, Flüchtlinge aufzunehmen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren Hunderttausende Displaced Persons (DPs) auf der Flucht. Selbst in der schwierigen Nachkriegszeit konnte dieser Massenzustrom bewältigt werden.

Heuer betragen die Aufwendungen Österreichs bisher für die Grundversorgung der rund 44.000 Asylwerber rund 340 Millionen, hält der Trend an so steigen sie dieses Jahr auf 620 Millionen für 80.000 Asylwerber an.

Orf.at setzt dies in Relation so gab die Republik im Jahr 2014 für Soziales und Gesundheit 3,9 Milliarden Euro aus, für Jugend und Familie 6,8 Milliarden; für den Bereich Arbeit sieben Milliarden; für Pensionen 19,2 Milliarden; für Bankenhilfe 1,8 Milliarden.

Unterkünfte in Zelten oder gar im Freien sind menschenunwürdig, Österreich als reiches Land kann es sich leisten, angemessene Wohnsituationen für Asylwerber

Schluss mit der Abschottung der Außengrenzen der EU – für eine legale Einreise in die EU

Schluss mit dem Massensterben im Mittelmeer

Ausreichende und menschenwürdige Versorgung von AsylwerberInnen

Für fairen Welthandel, Ressourcen-Souveränität und Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe

herzustellen. Da erscheinen Zustände wie jene wie sie in Traiskirchen provoziert wurden und Diskussionen, Standards für die Unterbringung weiter zu senken, einfach zynisch.

Die Last der Versorgung von Flüchtlingen ist extrem ungleich verteilt, denkt man an die Millionen Flüchtlinge im Libanon oder die Überlastung der Aufnahmezentren an den Südgrenzen der EU.

Wir müssen uns dem Problem stellen, langfristig wird Migration die Gesellschaft verändern. Eins ist sicher – so hoch und gefährlich die Zäune der Festung EU auch sind, aufhalten lassen sich diese Entwicklungen nicht.



Einladung zum Gedenken an die Opfer des Faschismus am Kommunalfriedhof

26. Oktober, 9.45 Uhr, Treffpunkt: Portal am Haupteingang

Wohnungen in Salzburg: „ Selten und Teuer“ !

Die Wohnsituation in Salzburg kennt jeder/jede. Seit über einen Jahrzehnt mangelt es an Wohnraum, und die Preise explodieren. Wohnungen sind kaum noch zu leisten. Es werden in der Stadt sogar schon bis zu 60% des Gehaltes für Wohnen ausgegeben.

In der Immobilienbranche heißt dies: ...“ stabiler Markt auf hohem Niveau..“ oder ..“ Transaktionsvolumen befindet sich auf einem Rekordniveau..“. Das heißt 1000 Euro für eine 70-Quadratmeter-Wohnung am freien Wohnungsmarkt.

Die Kommunen werden in der Wohnungspolitik vom Bund und Land in Stich gelassen. Allein im Zuge der neuen Wohnbauförderung in Salzburg, wurde die Wohnbauförderung vom Land um 100 Millionen Euro gekürzt.

Beispiel : Obdachlosigkeit
Eine Obdachlosen-Erhebung im Oktober 2014 in der Stadt

ergab 1085 Wohnungsobdachlose. Nur 110 Personen sind in Notunterkünften untergebracht. Es für 90% gibt es nicht einmal Notschlafstellen in der „Kulturhauptstadt“.

Das es auch anders geht zeigt Graz wo es 700 Notschlafstellen gibt. In Graz gibt es auch zur normalen Wohnungsbeihilfe eine zusätzliche Beihilfe der Stadt, wenn mehr als 35% des Einkommens für Mietwohnungen aufgewendet werden. Beispiel: Mietkaufwohnungen. Vor Jahren waren Mietkaufwohnungen der „Renner“. Die Realität sieht inzwischen ernüchternd Grausam aus. Für eine 65 Quadratmeter-Woh-

nung, wobei nur 55 Quadratmeter gefördert sind, stiegen die Kosten in 5 Jahren um 34%. D.h: 2010 bezahlte man 495 Euro, 2015 schon 670 Euro. Das ist eine jährliche Steigerung um 6%.

Wohnen ist das soziale Problem der Stadt. Jeden/jeder in der Stadt eine adäquate Wohnung zu leistbaren Preisen zu gewährleisten muss das Ziel der Politik sein. Um dies zu erreichen hat sich die Stadt Graz entschlossen wieder kommunale Wohnungen zu bauen. Es ist mehr Druck auf die Kommunal- und Landespolitik nötig um etwas zu verändern. Daher:

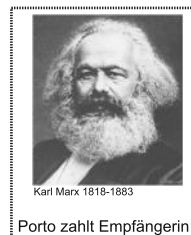
Treffen zur Gründung eines Wohnungskomitees

Donnerstag, 10. September, 19:00
Im „Shakespeare“, Hubert-Sattlergasse 3

Jeder/ jede ist herzlich Willkommen die Wohnungspolitik in der Stadt zu verändern!

Ich möchte:

- mit Euch in Kontakt treten
- Informationen über die KPÖ
- Mitglied der KPÖ Salzburg werden
- die Salzburger Kommunalpolitik mitgestalten



Name _____

an die

Adresse _____

KPÖ Salzburg
Elisabethstr. 11
5020 Salzburg

PLZ/Ort _____

Telefon _____

Tel/(Fax): 0662(872244(4)

E-Mail _____

E-Mail: salzburg@kpoe.at

Web: www.kpoe-salzburg.at

Webtipps:

www.redglobe.de

www.kpoe.at

www.kpoe-salzburg.at

www.facebook.com/kpoe.salzburg

www.glb.at

www.dkp-online.de/uz

www.kpoe-steiermark.at

Impressum:

Kommunistische Partei
Österreichs, Bezirksleitung
Salzburg Stadt; Elisabethstr. 11,
5020 Salzburg, E-Mail:
sekretariat@kpoe-salzburg.at